



Presseveröffentlichung Nr. 07/252  
ZUR SOFORTIGEN VERÖFFENTLICHUNG  
12. November 2007

Internationaler Währungsfonds  
Washington, D.C. 20431 USA

## **Der Regionale Wirtschaftsausblick des IWF für Europa verweist auf die Notwendigkeit von Finanzsektorreformen sowie von fiskal- und strukturpolitischen Reformen zur Bewältigung der Finanzmarktstörungen und zur Sicherung des Wachstums**

Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat heute die erste Ausgabe seines [Regional Economic Outlook: Europe \(REO\)](#) veröffentlicht. Dieser Regionale Wirtschaftsausblick für Europa prognostiziert eine leichte Abschwächung des Wachstums in Europa, von 3,7 Prozent im Jahr 2007 auf eine inflationsbereinigte Rate von 3,2 Prozent im Jahr 2008,<sup>1</sup> es sei denn, die Finanzmarktstörungen halten an. Das Wachstum der Schwellenländer Europas wird im Jahr 2008 mit 5,7 Prozent voraussichtlich relativ robust bleiben.

Michael Deppler, Direktor der Europa-Abteilung des IWF, fasst die wichtigsten Ergebnisse des Berichts folgendermaßen zusammen:

„Die Finanzstörungen haben Europa zu einer Zeit getroffen, in der die Wachstumsdynamik anstieg. Solide Politikmaßnahmen, ein günstiges globales Umfeld sowie eine zunehmende Handels- und Finanzintegration haben eindeutig Wachstumsdividenden für die fortgeschrittenen Volkswirtschaften und Konvergenzvorteile für die Schwellenländer Europas mit sich gebracht. Die Prognose geht davon aus, dass sich das Wachstum im Jahr 2008 zwar abschwächen wird, aber dennoch relativ robust bleibt. Die Ungewissheit ist jedoch größer geworden und es besteht das Risiko, dass die Aussichten schlechter werden, falls die Finanzmarktstörungen länger anhalten.

Eine ausgewogene Politikreaktion sollte die Finanzmarktstörungen direkt angehen, aber gleichzeitig eine fiskalpolitische Konsolidierung und Strukturreformen durchführen, unter anderem im Finanzsektor, um Europas Schwachstellen zu beseitigen, das mittelfristige Wachstum zu erhöhen und die Konvergenzerwartungen der aufstrebenden Volkswirtschaften Europas zu erfüllen.

---

<sup>1</sup> Albanien, Belarus, Belgien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Euroraum, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Island, Israel, Italien, Kosovo, Kroatien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Mazedonien (EJR), Moldau, Montenegro, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Russland, San Marino, Schweden, Schweiz, Serbien, Slowakische Republik, Slowenien, Spanien, Tschechische Republik, Türkei, Ukraine, Ungarn, Vereinigtes Königreich, Zypern.

Die Zentralbanken müssen weiterhin bereitstehen, die Finanzmärkte zu unterstützen. Ihre Reaktion auf die verunsicherten Kreditmärkte war bisher zwar weitgehend effektiv, es ist aber nicht gelungen sicherzustellen, dass alle Märkte wieder reibungslos funktionieren. Die politischen Entscheidungsträger müssen außerdem fortlaufend die Auswirkungen der andauernden Marktturbulenzen auf die Realwirtschaft und die Inflation beurteilen. Wenn man die verschiedenen Risiken gegeneinander abwägt, gelangt man zu dem Schluss, dass der geldpolitische Kurs in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften nicht verändert werden sollte. Viele aufstrebende Volkswirtschaften, die von den Verwerfungen weniger stark betroffen sind, sind jedoch mit Inflationsdruck und beträchtlichen außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten konfrontiert. Für diese Länder ist eine weitere Verschärfung der Geld- und Fiskalpolitik von entscheidender Bedeutung.

Die andauernden Finanzmarktstörungen zeigen eindeutig, dass eine Finanzsektorreform erforderlich ist. Sie machen deutlich, dass die privaten und öffentlichen Aufsichtsregelwerke größere Anstrengungen unternehmen müssen, um mit der Finanzinnovation Schritt halten zu können. Die Tendenz neuer Finanzprodukte, Lücken in den Aufsichtsregelwerken auszunutzen, kann natürlich problematisch werden und ihr muss deshalb entgegengewirkt werden. Die Finanzinnovation hat aber auch entscheidend zur Stärkung des wirtschaftlichen Leistungsvermögens beigetragen und dies wird auch mittelfristig so bleiben. Die Politikreaktion auf diese Krise erfordert deshalb eine zweigleisige Vorgehensweise, die es Europa ermöglicht, die Früchte der Finanzinnovation zu ernten, ohne übermäßige Risiken einzugehen. Die Verbesserung der Aufsichtsregelungen, der finanziellen Sicherheitsnetze und der Krisenlösungsmechanismen muss einhergehen mit weiteren Finanzsektorreformen, die darauf zielen, die Wettbewerbsbedingungen für die verschiedenen Formen der Finanzintermediation anzugleichen und ihre Synergien zu nutzen.

Neben der Bewältigung der Finanzmarktstörungen muss der Haushaltskonsolidierung und den Strukturreformen weiterhin Priorität eingeräumt werden. Die fiskalpolitische Konsolidierung hat trotz der guten Wirtschaftsentwicklung nachgelassen, und dies zeigt eindeutig, dass Europa die Möglichkeit, die Einnahmen der öffentlichen Hand durch robustes Wachstum zu erhöhen, nur unzureichend nutzt. Es gibt zwingende Gründe für eine Fortsetzung der fiskalpolitischen Konsolidierung. Die Bevölkerungsalterung in Europa erhöht den Ausgabendruck auf die öffentlichen Haushalte. Außerdem müssen viele fortgeschrittene Volkswirtschaften den fiskalpolitischen Spielraum für die Bewältigung von möglichen Konjunkturabschwüngen erhöhen. Und in den europäischen Schwellenländern ist die Haushaltskonsolidierung wichtig, um den auf die Konvergenz zurückzuführenden Nachfragedruck abzuschwächen und die Risiken abzubauen, die sich aus der rasch zunehmenden privaten Auslandsverschuldung ergeben.

Europas Strukturreformen haben sich bezahlt gemacht, die strukturellen Rigiditäten bleiben aber weitgehend eine Schwachstelle und die meisten fortgeschrittenen Volkswirtschaften in Europa

sind nach wie vor nicht dazu in der Lage, die transatlantische Lücke im Pro-Kopf-BIP zu schließen. Die Entwicklung in den leistungsstärksten Volkswirtschaften zeigt jedoch, dass sich weitere Schritte zur Erhöhung der Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt und zur Stärkung des Wettbewerbs auszahlen. Um sicherzustellen, dass die Konvergenz nachhaltig bleibt, müssen die aufstrebenden Volkswirtschaften den Schwerpunkt ihrer Anstrengungen darauf legen, die Zutritts- und Austrittsschranken auf den heimischen Märkten abzubauen und das Geschäftsumfeld zu verbessern.

Es ist nach wie vor von entscheidender Bedeutung für die europäischen Schwellenländer, die schnell voranschreitende Vertiefung des Finanzmarkts effektiv zu steuern. Neben einer zurückhaltenden Fiskalpolitik ist es wichtig, fiskalpolitische und sonstige Verzerrungen zu beseitigen, die zu dem rapiden Kreditwachstum beigetragen haben, die prudentielle Aufsicht zu stärken und das Verständnis sowie die Offenlegung der Risiken zu fördern. Um den unvermeidbaren Abbau der mit der Konvergenz zusammenhängenden großen außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte reibungslos bewältigen zu können, ist es erforderlich, dass die Ressourcen ohne Hindernisse in produktive Investitionen im Sektor der handelsfähigen Güter fließen. Um diesen Prozess zu unterstützen, müssen die politischen Entscheidungsträger die Arbeits- und Kapitalmärkte flexibilisieren und ihre Finanzsysteme stärken. Allgemein ist zu sagen, dass alle Schwellenländer Europas die Effizienz und Widerstandskraft ihrer Volkswirtschaft beträchtlich steigern können, wenn sie die Entwicklung ihrer Finanzsysteme unterstützen.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass Europa mit einer unerwarteten Ungewissheit konfrontiert ist. Um diese Phase gut zu überstehen und stetiges mittelfristiges Wachstum zu sichern, sollten die politischen Entscheidungsträger – bei der Bewältigung der Finanzmarktstörungen – nicht aus den Augen verlieren, dass Fortschritte bei den schon lange bestehenden Herausforderungen der fiskalpolitischen Konsolidierung und der Strukturreformen erforderlich sind. Und dies schließt Finanzsektorreformen ein.”

<b>Europäische Länder: Reales BIP-Wachstum, 2006–08</b>			
	Reales BIP-Wachstum		
	2006	2007	2008
<b>Europa 1/</b>	<b>3,8</b>	<b>3,7</b>	<b>3,2</b>
Fortgeschrittene europäische Volkswirtschaften 1/	2,9	2,7	2,2
Aufstrebende europäische Volkswirtschaften 1/, 2/	6,6	6,3	5,7
Europäische Union 1/	3,2	3,0	2,5
Euroraum	2,8	2,5	2,1
Belgien	3,0	2,6	1,9
Deutschland	2,9	2,4	2,0
Finnland	5,0	4,3	3,0
Frankreich	2,0	1,9	2,0
Griechenland	4,3	3,9	3,6
Irland	5,7	4,6	3,0
Italien	1,9	1,7	1,3
Luxemburg	6,2	5,4	4,2
Niederlande	3,0	2,6	2,5
Österreich	3,3	3,3	2,5
Portugal	1,3	1,8	1,8
Slowenien	5,7	5,4	3,8
Spanien	3,9	3,7	2,7
Sonstige fortgeschrittene Volkswirtschaften in der EU			
Dänemark	3,5	1,9	1,5
Schweden	4,2	3,6	2,8
Vereinigtes Königreich	2,8	3,1	2,3
Neue EU-Länder 1/	6,4	6,1	5,2
Bulgarien	6,1	6,0	5,9
Malta	3,3	3,2	2,6
Polen	6,1	6,6	5,3
Rumänien	7,7	6,3	6,0
Slowakische Republik	8,3	8,8	7,3
Tschechische Republik	6,4	5,6	4,6
Ungarn	3,9	2,1	2,7
Zypern	3,8	3,8	3,7
Estland	11,2	8,0	6,0
Lettland	11,9	10,5	6,2
Litauen	7,5	8,0	6,5
Fortgeschrittene Volkswirtschaften außerhalb der EU			
Island	2,6	2,1	-0,1
Israel	5,2	5,1	3,8
Norwegen	2,8	3,5	3,8
Schweiz	3,2	2,4	1,6
Sonstige aufstrebende Volkswirtschaften			
Albanien	5,0	6,0	6,0
Belarus	9,9	7,8	6,4
Bosnien und Herzegowina	6,0	5,8	6,5
Kroatien	4,8	5,6	4,7
Mazedonien, EJR	3,0	5,0	5,0
Moldau	4,0	5,0	5,0
Russland	6,7	7,0	6,5
Serbien	5,7	6,0	5,0
Türkei	6,1	5,0	5,3
Ukraine	7,1	6,7	5,4

Quelle: IWF, *World Economic Outlook*.

1/ Nach Kaufkraftparität gewichtetes durchschnittliches BIP.

2/ Montenegro wird in der Datenbank des *World Economic Outlook* noch nicht erfasst.